

Im DLRG-T-Shirt am Beckenrand stehen: Das war wie Baywatch – für Arme.

Eva-Maria Geiger, Rettungsschwimmerin – siehe Rottenburger Post

Übrigens

Ulla Steuernagel über dunkle Flecken in der Flüchtlingspolitik



Leben im Drei-Monats-Zyklus

Es war eine wunderbare Aktion, als in den Jahren 2015 und 2016 mehr als 1000 jesidische Frauen und Kinder aus dem Nordirak nach Baden-Württemberg geholt wurden. Einen „Leuchtturm“ nennt das selbst Andreas Linder, ansonsten Kritiker der staatlichen Flüchtlingspolitik. Eine humanitäre Aktion, die unbürokratisch und auf Initiative von Winfried Kretschmann zustande kam.

Leider ist die Aufnahme dieses Sonderkontingents an schutzbedürftigen Frauen und Kindern ein Leuchtturm, dessen Licht in einer Richtung versagte. Er bot den Familienangehörigen keinen schützenden Hafen. Dabei traf er von den IS-Milizen begangene Völkermord jede jesidische Familie in der nordirakischen Sindschar-Region, niemand kam unbeschadet an Leib oder Seele davon.

Man könnte meinen, Asylansprüche jesidischer Männer, die das Glück hatten, das IS-Massaker zu überleben, würden ebenfalls im humanitären Beschleunigungsmodus bearbeitet. Doch selbst ein verheirateter Mann und Familienvater, wie der in Tübingen lebende Jeside Ahmed Hulke, muss um sein Bleiben bangen. 2018 folgte er seiner Frau Badi-ah Jazzaa nach Deutschland. Sie heiratete hier nach jesidischem Recht. Und als er es endlich geschafft hatte, seinen Aufenthaltsort nach Tübingen zu Frau und Kind zu verlegen, war immer noch kein Happyend in Sicht. Schließlich war sein Asylanspruch, wie der von vielen anderen Jesiden, abgelehnt worden, und Hulke drohte bis Januar vergangenen Jahres die Abschiebung.

Mittlerweile ist dank seines Tübinger Anwalts und dank des Geflüchteten-Helfers Linder die Abschiebung vom Tisch. Dennoch ist der Duldungsstatus, in dem sich der junge Jeside nun befindet, eine schwer verständliche und höchst irritierende Lebensgrundlage. Zumal

für jemanden, der aus einer in Schutt und Asche gelegten Stadt kommt, durch Willkür und Gewalt traumatisiert ist und die Nachrichten aus der Heimat mit nicht nachlassender Angst verfolgt.

Es ist ein Leben im Drei-Monats-Zyklus. In diesem Rhythmus steht der Gang zur Ausländerbehörde an. Mit einer längerfristigen Anstellung, einem Ausbildungsplatz und einem Lebensunterhalt, der ihn von staatlicher Hilfe unabhängig macht, könnte Hulke die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsgenehmigung verbessern. Aber Priorität haben derzeit die Ausbildung seiner Frau und die Versorgung der kleinen Tochter. So steckt Hulke seine Ausbildungswünsche vorerst zurück und jobbt, wann immer es möglich ist.

Nun ist die Situation für ihn aussichtsreicher als für andere Geduldete. Andreas Linder – der Linke-Kreisrat und Berater bei Plan.B, wo man sich im vergangenen Jahr um 150 Geflüchtete kümmerte – spricht bei Ahmed Hulke von einer „guten Duldung“. Hulke sei mit Frau und Kind in Tübingen einigermaßen abgesichert. Und 18 Monate nach Absetzung seiner Abschiebung kann er auf eine Aufenthaltsgenehmigung hoffen. Das wäre dieses Jahr der Fall. Und wenn die neue Regierung ihr Versprechen wahrmacht, das Bleiberecht für Familien nach vier statt bisher sechs Jahren Aufenthalt in Deutschland auszusprechen, könnte Hulke davon profitieren.

Die Chancen für die jesidische Familie, nicht auseinandergerissen zu werden, stehen also gut. Es bleibt eine kleine Bitte ans Ausländeramt. Ausgelastet, wie es ist, könnte es sich und seinem Mandanten das Leben erleichtern und die Duldung im Sechs-Monats-Turnus vergeben. Das wäre, wenn schon kein Leuchtturm, zumindest ein heimatliches Winken mit der Taschenlampe.

Siehe fünfte Lokalseite



Das Coronavirus beschäftigt auch die Tübinger Kitas.

Bild: Raul Mellado/stock.adobe.com

Kitas in Krisenzeiten

Betreuung Erst die Personalknappheit, dann auch noch die Pandemie: Wie gehen Kitas mit den aktuellen Herausforderungen um? Von Tobias Hauser

Tests präparieren, Masken bereitstellen, Mails an Eltern und, im Falle einer Infektion, an das Gesundheitsamt schreiben: Die Pandemie bringt viele zusätzliche Aufgaben für die Angestellten in Kitas. „Wir versuchen unsere Aufmerksamkeit trotzdem als Schwerpunkt auf die pädagogische Arbeit zu legen“, so Julia Siemers, die Leiterin des Kinderhauses Neuhalden. Die Einrichtung stehe gerade am Ende ihres zweiten Corona-Ausbruchs. Das Personal blieb diesmal „zum Glück“ verschont.

Beim letzten Ausbruch im Dezember sah das anders aus. „Dann fällt halt Personal aus und muss irgendwie ersetzt werden, was bei der derzeitigen knappen Stellensituation sowieso schwierig ist“, so Siemers. Unter Umständen müssen dann die Öffnungszeiten angepasst werden. In manchen Fällen kann es in Kita-Gruppen sogar „nur noch eine Notbetreuung für einzelne Kinder geben“, so Jutta Hoffmann, die städtische Bereichsleiterin für Kitas. Das ist jedoch nur die allerletzte Option. „Leitungen und Mitarbeitende geben immer wieder ihr Bestes, um die Betreuung so weit wie nur irgendwie möglich aufrechtzuerhalten, weil sie wissen, dass diese unsichere Betreuungssituation bei den Eltern zu großen Schwierigkeiten führt.“ Die Lage ist nicht

nur für das Personal schwierig. Im Falle eines Ausbruchs muss jedes Kind jeden Tag unter Aufsicht der Angestellten von den Eltern getestet werden. Das sei für alle Beteiligten eine große Herausforderung, so Siemers. Dem Personal des Kinderhauses falle dadurch auch plötzlich eine Kontrollfunk-

„Eigentlich will man ja auch, dass die Kinder unbeschwert ins Kinderhaus kommen.“

Julia Siemers, Leiterin des Kinderhauses Neuhalden

tion zu. „Eigentlich will man ja auch, dass die Kinder unbeschwert ins Kinderhaus kommen.“

Schon vor dem aktuellen Infektionsgeschehen war die Personalknappheit in Kitas ein Thema. Ungefähr 70 unbesetzte Stellen hat die Stadt Tübingen im Kita-Bereich, bei rund 950 besetzten. Der Fachkräftemangel steigere sich langsam seit 2017, die Ausbildung komme wegen der rasant wachsenden Betreuungsplätze nicht hinterher. „Das ging einher mit dem Ausbau der Kindertagesplätze durch den Rechtsanspruch“, sagt Hoffmann. Auch die Altersstruktur und die Pandemie kämen

verschärfend dazu. All das führe auch dazu, dass Kitas manchmal erst nach und nach genutzt werden könnten. Beim Kinderhaus Paula Zundel stehe der Neubau, eine erste Gruppe sei auch schon eröffnet, für zwei weitere fehle jedoch eine Stellenbesetzung.

Landesweit Abhilfe schaffen soll unter anderem das neue Ausbildungskonzept Pia, eine praxisorientierte Erzieherausbildung, für alle, die sich keine unvergütete Ausbildung leisten können. „Unsere Strategie ist, den Ausbildungssektor zu stärken, mehr Ausbildungsstellen zu schaffen und diese gut zu unterstützen und anzuleiten“, so Manfred Niewöhner, der bei der Stadt für Betreuung und Bildung zuständig ist. 15 neue Ausbildungsstellen seien in Planung. Das Ziel sei, die jungen Menschen nach dem Abschluss weiterzubeschäftigen und sie während der Ausbildung bei der Wohnraumsuche zu unterstützen.

Auch freiwillige soziale Leistungen wolle man auf Verbesserungsmöglichkeiten prüfen.

Vom Personalmangel betroffen ist laut Siemers auch das Kinderhaus Neuhalden. Seit Ende Dezember gebe es eine freie Stelle, die erst Anfang April wieder besetzt werden kann. Auch jemanden für ein FSJ zu finden, gestalte sich oft schwierig. Das führe dazu, dass man „mit einem geringeren Personalschlüssel“ arbeiten müsse und es „größeren Stress“ bei der Arbeit gebe. Lösungen gibt es aber auch. „Man muss flexibler sein und sich gegenseitig aushelfen“, erklärt Siemers. Das Öffnen der Gruppe habe sehr geholfen. „Das ist für Personal und Kinder angenehmer. Es sei zwar keine optimale Situation, die Laune sei dennoch nicht schlecht. „Was die Arbeit mit den Kindern betrifft, ist die Stimmung wirklich gut, ich habe das Gefühl, dass alle sehr motiviert sind.“

Was bedeutet ein Betreuungsausfall für Eltern?

Wenn es in Kitas soweit kommt, dass Kinder nicht mehr betreut werden können und Eltern ihre Kinder zuhause behalten müssen, kann sich das auch auf den

Gebührensatz auswirken, so Hoffmann. Entfallen pro Monat mehr als 22 Betreuungsstunden, wird der Betrag der nächstniedrigeren Öffnungszeit abgerechnet.

Ob Eltern in solchen Fällen Kinderkrankentage nehmen können, muss allerdings mit dem Arbeitgeber und der Krankenkasse abgeklärt werden.



DAS TÜBINGER WAFFENARSENAL: furchterregend.

Bildung und Sicherheit?

Schulen Die hohen Zahlen der letzten Wochen machen auch vor Schulen nicht halt. Die Initiative #Bildungabersicher fordert mehr Schutzmaßnahmen.

Tübingen. „Omikron rauscht durch die Schulen.“ Mit diesem Titel plädiert die Initiative #Bildungabersicher in einer Pressemeldung vom 7. Februar für mehr Maßnahmen an Schulen. „Das Problem wird oft verkürzt auf eine falsche Dichotomie – Bildung oder Infektionsschutz. Beides muss aber gewährleistet werden“, sagt Stefan Keppeler. Der Mathematikdozent aus Reutlingen ist Mitglied der Initiative und Mitverfasser der Pressemeldung. Die Initiative stellt diverse Forderungen an die Landesregierung. Unter anderem plädiert #Bildungabersicher für „Einstellung aller Hochrisiko-Aktivitäten wie maskenlosen Hallensport oder

Schwimmen“ und Aussetzung der Präsenzpflicht „für die Dauer der Pandemie“.

Als Vater von drei Kindern, die alle während der Pandemie schulpflichtig waren, und Dozent an der Uni Tübingen, der seit zwei Jahren überwiegend digital unterrichtet, kennt Keppeler die Lage „von allen Seiten“. Dass die Inzidenzen in der Altersgruppe zwischen fünf und 14 Jahren zur Zeit bei über 4000 liegt, zeige, dass der Schutz für diese Altersgruppe nicht so gut sei, wie er sein sollte.

Zunächst ging es ihm mit seinem Engagement um seine eigene Familie, dann sei er auf die „Schattenfamilien“ aufmerksam geworden. Das sind Familien mit vorer-

krankten Mitgliedern, die „bei jeder Infektion mit dramatischen Folgen rechnen müssen und in Selbstisolation leben“, so Keppeler. Auf diese werde kaum noch Rücksicht genommen. Aufhänger für die Presseerklärung war die Entscheidung, dass auch bei größeren Ausbruchsgeschehen Präsenzunterricht weiterlaufen solle. „Da fällt bei Höchstinzidenzen eine weitere Schutzmaßnahme weg“, so Keppeler. „Wenn der erste Schnelltest anschlägt, war die Person typischerweise schon eine Weile infektiös in der Klasse.“ Da sei es entscheidend, dass Kontaktpersonen auch in Quarantäne müssten. „Sonst laufen wir ja immer nur hinterher.“

Man nehme die Sorgen von Eltern wie Keppeler ernst, sagt Manfred Niewöhner, Leiter des Fachbereichs Bildung in Tübingen. „Deshalb stimmen wir uns zu diesen Themen eng mit den Schulleitungen und dem Gesamtelternbeirat der Tübingen Schulen ab.“

Es sei eine Abwägung zwischen dem Infektionsgeschehen an Schulen und den schweren Folgen des Distanzunterrichts. Laut Niewöhner sind das „geringere Lernfolge vor allem für sozial benachteiligte und die psychosozialen Folgen wie beispielsweise Einsamkeit und depressive Verstimmungen bis hin zu psychischen Erkrankungen“. Tobias Hauser